

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/59

Bonn, den 26. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Farbfernsehen "von Bresst bis Wladiwostok ?"

50

Hoffentlich weiß das der Bundeskanzler !

2

Politische Bildung dringend notwendig

39

Von Wolfgang Schwabe, KdB,

Stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der
Bundeszentrale für politische Bildung

3

Gutes Beispiel - Zur Nachahmung empfohlen

32

Was Hessen für die Kriegsoffer tat

4

Vom Nebel zum ablenkenden Lärm

43

Journalistische Impressionen vom FDP-Parteitag

5

Weder NJET noch DA

46

Wann wird die Abrüstungskonferenz wieder aufgenommen ?

Von Pierre Simonitsch, Genf

Farbfernsehen "von Brest bis Wladiwostok ?"

Hoffentlich weiß das der Bundeskanzler !

G.M. - Paris und Moskau haben dieser Tage ein Abkommen abgeschlossen, wonach das französische Farbfernseh-Verfahren von der Sowjetunion und von Frankreich gemeinsam übernommen werden soll. Man könnte dieses Abkommen zwischen Paris und Moskau als eine rein technisch-kommerzielle Vereinbarung betrachten, wäre nicht bekannt geworden, daß Moskau und Paris in dieser Übereinstimmung gleichermaßen ein **P o l i t i k u m** ersten Ranges erblickten.

In der französischen Presse kann man daher auch lesen, Moskaus Wahl zugunsten des französischen Farbfernsehens sei ein Schritt mehr in Richtung auf die Vorstellungen des Präsidenten de Gaulle, die dieser von einem vereinten Europa hat, das **u n a b h ä n g i g** von den Vereinigten Staaten Weltpolitik machen soll. - Die Pariser Zeitung LE MONDE verweist in einem Artikel unter der Überschrift "Von Brest bis Wladiwostok?" auf die politischen Schwierigkeiten hin, in die Bonn nach der Vereinbarung zwischen Paris und Moskau sicherlich geraten werde. Wenn sich die Bundesrepublik nicht dem französisch-sowjetischen Abkommen anschließen werde, werde sie ein isoliertes Farbfernseh-Programm ausstrahlen müssen, es sei denn, Bonn und die anderen westeuropäischen Staaten schlossen sich der zwischen Frankreich und der Sowjetunion getroffenen Vereinbarung an.

Fast zur gleichen Zeit, da dieses Abkommen zustande kam, verabschiedete Präsident de Gaulle den bisherigen langjährigen sowjetischen Botschafter in Paris, Winogradow. Er gab dem sowjetischen Botschafter einen Abschiedsempfang im Elysee, wo Winogradow in einer Rede von "unseren beiden großen europäischen Mächten" sprach und der Generalpräsident mit Hinweis auf Moskaus Entgegenkommen in der Frage des Farbfernsehens erwiderte, er - de Gaulle - erblicke in dem Abkommen den "Beginn eines europäischen Erfolges".

In den Vereinigten Staaten hat man auf die französische Entscheidung zum Farbfernseh-Abkommen mit Moskau ziemlich unwillig reagiert, zumal inzwischen bekanntgeworden ist, daß zwischen Paris und Washington keinerlei ernsthafte Fühlungnahme im Sinne einer Vereinbarung in der gleichen Sache im Rahmen der westlichen Welt erfolgt ist. Um nun die Amerikaner wissen zu lassen, daß sich de Gaulle über solche Reaktionen in den USA souverän hinwegsetzt, kontert das gaullistische Hausorgan NATION wie folgt:

- * "Man versteht, daß die Amerikaner, die wie die Franzosen ihr eigenes Farbfernseh-System der Internationalen Konferenz von Wien un-
- * terbreiten, durch die Wahl des größten europäischen Landes sich in
- * ihren Absichten durchkreuzt sehen. Denn diese Wahl wird fast sicher
- * auch andere nach sich ziehen."

Es ist anzunehmen, daß dieser Artikel in der gaullistischen Zeitung hauptsächlich wegen des Satzes geschrieben wurde: "Denn diese Wahl wird fast sicher andere nach sich ziehen." Das ist eine Warnung an die Adresse von Washington und Bonn, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Ob Bundeskanzler Professor Erhard das alles weiß? Vielleicht sagt es ihm jemand, damit er und seine Sprecher eines Tages nicht wieder korrigieren müssen, was sie bei verschiedenen Gelegenheiten über die "volle Übereinstimmung zwischen de Gaulle und Erhard" zu erklären pflegen.

Politische Bildung dringend notwendig

Von Wolfgang Schwabe, MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums der
Bundeszentrale für politische Bildung

Wer die Verstärkung der politischen Bildungsarbeit fordert, steht heute nicht mehr allein als einsamer Rufer in der Wüste. So gar der Bundespräsident hat einen beachtlichen Teil seiner Neujahrsansprache diesem Thema gewidmet. Im Zuge der letzten grossen kulturpolitischen Debatte haben seitens der SPD die Abgeordneten E r l e r und Dr. L o h m a r, von der Regierungseite sogar der Innenminister persönlich den Wunsch nach mehr politischer Bildung in aller Öffentlichkeit erhoben.

Nun ist es in Geldsachen bei unseren Regierungsvertretern erfahrungsgemäss vom Mundspitzen bis zum Pfeifen ein weiter Weg. Selbst für den zuständigen Oppositionssprecher hiess es bald danach anlässlich der Haushaltsdebatte, die Gefühle der durch den Rütli-schwur gebundenen Koalitionsparteien zu schonen, um eine routinemässige Abfuhr zu vermeiden. Deshalb wurde in der zweiten Lesung des Haushaltes der Bundeszentrale für politische Bildung im Februar dieses Jahres ein Erhöhungsantrag nicht gestellt, sondern angekündigt.

Jetzt, vier Wochen später, war die Gelegenheit geboten, einen wirklichen Schritt weiter zu kommen. Vormittags hatte der Herr Bundespräsident beim Empfang der Siegerklassen des Preisausschreibens der Bundeszentrale erneut darauf hingewiesen, wie wichtig die staatsbürgerliche Bildungsaufgabe für unsere junge Demokratie sei. Auch die in der Presse und bei der Bevölkerung so überaus emotional geführte Auseinandersetzung um Kairo, Israel und den ganzen Nahostkomplex und schliesslich wohl auch die eindrucksvolle erste Parlamentsberatung zur Verjährungsfrage mögen jene Aufgeschlossenheit des Kuratoriums bewirkt haben, die anschliessend dem SPD-Antrag zur einstimmigen Annahme verhalf.

- * Im Haushalt 1966 sollen statt seither rd. DM 0,20 in Zukunft DM 0,30 pro Jahr und Kopf der Bevölkerung als allgemeine Mittel bereitgestellt werden.

Die staatsbürgerliche Bildungsstelle erfreut sich bei allen Parteien eines fachlichen Ansehens. Man bestätigt ihr das redliche Bemühen um ein objektives Wirken. Die seitherigen engen materiellen Grenzen mussten manche Wünsche, oft auch solche von Abgeordneten, offenlassen. Die Aufstockung des Titels 300 von rd. 10 auf rd. 15 Millionen DM entspricht nunmehr dem einhelligen Willen des gesamten Kuratoriums. Möge dieser ebenso mutige wie nötige Entscheid nicht durch fiskalische Stolpersteine gefährdet werden!

Gutes Beispiel - Zur Nachahmung empfohlen

Was Hessen für die Kriegsoffer tat

HB-cr. Seit 1950, es werden bald fünfzehn Jahre, steht Georg-August Z i n n ununterbrochen an der Spitze der hessischen Landesregierung. In allen seinen Regierungserklärungen war Ministerpräsident Dr. Zinn immer wieder auf die besondere Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber den Opfern der beiden Weltkriege eingegangen. Georg-August Zinn machte als "Landesvater" nicht nur auf die gesetzlich geregelten Ansprüche in der Kriegsofferversorgung aufmerksam, für deren sinnvolle Verbesserung und Weiterentwicklung er sich auch stets einsetzte. Sein Anliegen war es vor allem, in der Landespolitik z u s ä t z l i c h e n Massnahmen für die Kriegsoffer zum Ziele zu verhelfen. Zu diesen zusätzlichen Aufgaben gehören vor allem Erholungskuraufenthalte, die Hessen seinen bedürftigen Schwerkriegsbeschädigten und Kriegerwitwen ermöglicht.

Seit zehn Jahren hat das Land Hessen für diese Erholungskuraufenthalte rund 800 000 DM ausgegeben und damit weit über 3 000 hessischen Schwerkriegsbeschädigten eine Erholung ermöglicht, die sie aus eigenen Mitteln nicht oder doch nur unter grossen Opfern hätten finanzieren können.

Heinrich H e m s a t h, der verdienstvolle Sozialminister im Kabinett von Georg-August Zinn, hat vor kurzem mitteilen lassen, Hessen werde diese Sonderleistung auf dem Gebiet der Fürsorge für die Kriegsoffer konsequent fortsetzen. Laufend sollen also weitere bedürftige Schwerbeschädigte und Hinterbliebene von der Landesregierung eingeladen werden, eine Erholungskur von jeweils drei Wochen in einem der hessischen Staatsbäder zu verbringen. Als Ehrengäste natürlich.

Unzählige dieser Kriegsoffer haben Georg-August Zinn und Heinrich Hemsath schon Dankesbriefe wegen dieser hessischen Sonderleistung geschrieben; sie sind der schönste Dank für Regierungschef, Kabinettsmitglieder und Landtagsabgeordnete. Ganz besonders freuen sich Minister und Abgeordnete, wenn die Kriegsoffer davon schreiben, wie sehr sie es begrüßen, dass der Staat in Hessen mehr tut als nur das, was er von Gesetzes wegen tun muss.

Vom Nebel zum ablenkenden Lärm

"Kende meinte, die Freien Demokraten hätten immer den Mut gehabt, heiße Eisen anzufassen, auch "wenn sie sich einmal die Finger verbrennen". Dann zog er schnell die offenbar verbrannten Finger zurück, er schwächte gestern ab, was er vorgestern über die gesamtdeutschen Kommissionen und über das Interesse des Westens an einer Deutschland-Initiative gesagt hatte. Über Nacht war Nebel - oder Bedenken gekommen."

RHEINISCHE POST, 24. März

Nationales Pathos

"Das Rauschen der nationalen Welle war auch bei diesem Parteitag immer wieder deutlich zu vernehmen. Mancher Redner schwamm in ihr mit sichtlichem Behagen. Mochte sich Mende auch gegen den Vorwurf des Nationalismus energisch verwahren (was allerdings schon bedenklich stimmt), so konnte auch er nicht den Beifall überhören, der stets spontan auftraute, wenn unter Stimmaufwand vom nationalen Selbstbewusstsein ... und vom notwendigen Patriotismus die Rede war."

FRANKFURTER NEUE PRESSE, 24. März

Verhältnis zu Erhard

"Zuviel hat sich inzwischen ereignet, zuviel ist geschehen, um es den Parteivorsitzenden opportun erscheinen zu lassen, das einmal intime Engagement mit dem von ihnen auf den Thron erhobenen Kanzler besonders herauszustellen. Der Mantel des Schweigens wurde darüber gedeckt. Aber es war ein beredtes Schweigen und damit auch eine Form der politischen Aussage." DIE WELT, 24. März - "Nicht zu übersehen die Wandlung im Verhältnis der FDP zum Bundeskanzler. Während sich die Freien Demokraten unverändert und konsequent vor den Bundesaussenminister Dr. Schröder stellen, lassen sie Kritik an Professor Erhard offen durchklingen. Sie sprechen nur von Loyalität gegenüber dem Kanzler. Sie bescheinigen ihm sogar offen schwankende Haltung. Und sie vermögen sich nicht mehr zu dem Bekenntnis durchzuringen, alle ihre Hoffnungen, die sie auf Erhard setzten, seien in Erfüllung gegangen."

BONNER RUNDSCHAU, 24. März

Strauß ...

"Würde sich Strauß siegreich schlagen und ein Ministeramt beanspruchen, so könnte sich die FDP unversehens in die schwierige Lage versetzt sehen, entweder konsequent auf ein Mitregieren zu verzichten oder abermals umzufallen."

FRANKFURTER NEUE PRESSE, 24. März

Ohne Feuer - altes Eisen

"Kein Feuer - das war fast symbolisch. Schon vor einem Jahr beim FDP-Treffen in Düsseldorf war Dehler der grosse Schweiger. Fehlen ihm auch für Frankfurt die zündenden Ideen? Oder gehört er einfach schon zum 'alten Eisen' der Liberalen."

BONNER RUNDSCHAU, 23. März

Ablenkender Lärm

"Dieses Eisen (gesamtdeutsche Kommission) ist nicht heiss. Es hat keinen Grad mehr als Zimmertemperatur und ist gänzlich spröde. Man kann sich an ihm also auch nicht die Finger verbrennen. Aber das heisst nicht, dass es ungefährlich wäre, es anzufassen. Nur ist dabei nicht allein der in Gefahr, der damit hantiert ... Wer auf kaltem Eisen herumhämmer, kann nichts schmieden; aber er erzeugt ablenkenden Lärm."

FRANKFURTER ALLGEMEINE, 24. März

Weder NJET noch DA

Wann wird die Abrüstungskonferenz wieder aufgenommen?

Von Pierre Simonitsch, Genf

Wann kann die Genfer Abrüstungskonferenz wieder aufgenommen werden? In diplomatischen Kreisen erhoffte man sich von der Reise Gromykos nach London eine verbindliche Antwort auf die westlichen Avancen. Diese Hoffnungen erfüllten sich nur zur Hälfte. Der sowjetische Außenminister gab zwar in seinen Gesprächen mit Premierminister Wilson und mit dem Chef der britischen Diplomatie, Stewart, die prinzipielle Zustimmung zur Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen, der Fixierung eines Zeitpunktes wich er aber aus. Dies sei die Angelegenheit der beiden Kopräsidenten der Konferenz.

Der Leiter der amerikanischen Abrüstungsagentur, William C. Foster, hatte seinem sowjetischen Kollegen Semjon Zarapkin bereits im Januar während dessen mehrwöchigen Aufenthalts in den USA persönlich vorgeschlagen, die Abrüstungsgespräche Mitte März oder Anfang April wieder aufzunehmen. Auf weitere Vorstöße Fosters antwortete Zarapkin, er habe noch keine Instruktionen aus Moskau erhalten. Kürzlich versuchte der Vertreter der amerikanischen Abrüstungsagentur in Genf, Botschafter Clare H. Timberlake, den Russen die Sache wieder in Erinnerung zu rufen. In einer "Erklärung gegenüber Journalisten", die im Bulletin des US-Informationsdienstes erschien, wiederholte der Botschafter die Bereitschaft Washingtons, ungeachtet der Spannung in Südostasien so rasch wie möglich in weitere Abrüstungsverhandlungen einzutreten. Aber Moskau blieb stumm.

Es ist anzunehmen, dass die abwartende sowjetische Haltung zum Teil auf das Konto der Vietnamkrise geht. Moskau möchte nicht den von Peking propagierten Eindruck aufkommen lassen, "unter den amerikanischen Stiefel" geraten zu sein und eine Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik hinzunehmen. Westliche Diplomaten vertreten jedoch die Meinung, dass sich die Sowjetunion durch ihr Zögern auch eine vorteilhafte Verhandlungsposition sichern möchte, indem sie sich für eine Zustimmung die Konzession erkauft, dass ihre Abrüstungsvorschläge in den Mittelpunkt der Diskussionen gestellt werden.

Die von Gromyko in London aufgezählten elf Punkte unterscheiden sich übrigens durch nichts von der bisherigen sowjetischen Position. Auch die Amerikaner werden aller Voraussicht nach bei einer eventuellen Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz kaum mit völlig neuen Initiativen aufwarten. Einige ihrer Vorschläge haben jedoch seit der Vertagung der Konferenz im vergangenen Herbst an Realistik gewonnen; so eine Erweiterung des Teststoppabkommens auf unterirdische Versuche ohne die bisher verlangten umfassenden Kontrollmassnahmen (die gegenwärtig auf den Aleuten unternommenen Versuche mit Seismographen haben nach amerikanischen Angaben ermutigende Erfolge gezeitigt) und ihr Vorschlag auf ein Abkommen über die Nichtweitergabe von Atomwaffen. Bei einem solchen Vertragswerk denken die Amerikaner sowohl an weitreichende Garantien wie an den Einbau einer Rückzugsklausel, falls es einem der Signatarstaaten scheint, dass nachträgliche Handlungen - gemeint ist in erster Linie die Schaffung einer Art von MEF - die Buchstaben des Abkommens verletzen.

+ + +